

POLIZEI REPORT

G 6825
ISSN 0937-535 X

Nr. 101 · Juni 2010



**BEZIRKSGRUPPE WESTHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Westhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für den Großraum Wiesbaden - Rheingau - Taunus
Hochtaunus - Main-Taunus und Limburg-Weilburg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Lothar Hölzgen, Peter Wittig, Thomas Hasler
Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

Aus dem Inhalt

Vorwort des
Bezirksgruppenvorsitzenden

Seite 5

Titelthema:
BZG Westhessen auf dem
Landesdelegiertentag

Seite 6

Aus dem Gerichtssaal:
Viel Alkohol brachte viel Ärger

Seite 9

Bundesjugendkonferenz in
Potsdam

Seite 10

Neue Bundesjugendvorsitzende
im Kurzportrait

Seite 11

Fackelwanderung der
Kreisgruppe Untertaunus

Seite 13

Ehrungen

Seite 13

Was haben die GdP und ein
Pferdeanhänger gemeinsam?

Seite 14

Gute Gründe gegen die Verlänge-
rung der Lebensarbeitszeit bei der
hessischen Polizei

Seite 15

Bundesfachausschuss Schutzpolizei

Seite 17

Tagesausflug für Seniorinnen und
Senioren

Seite 24

Doppelkopfturnier der
Kreisgruppe Limburg-Weilburg

Seite 25

100 Jahre Gewerkschaftstreue

Seite 29

Tagesseminar für Seniorinnen und
Senioren

Seite 30



Versprochen... und wieder nicht gehalten



Unter Vertrauen wird die Annahme verstanden, dass Entwicklungen einen positiven oder erwarteten Verlauf nehmen.

Ein wichtiges Merkmal ist dabei das Vorhandensein einer Handlungsalternative. Dies unterscheidet Vertrauen von Hoffnung. Vertrauen beschreibt auch die Erwartung an die politische Führung, dass deren künftige Handlungen sich im Rahmen von gemeinsamen Werten oder moralischen Vorstellungen bewegen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was ist es denn noch wert, wenn die Hessische Landesregierung seit Monaten im Zusammenhang mit der Neuordnung des Hessischen Dienstrechts verspricht, die Gewerkschaften in den Erneuerungsprozess einzubinden, um dann nunmehr mit dem fadenscheinigen Argument einer besonderen Eilbedürftigkeit einen selbst gestrickten Gesetzesentwurf in den Landtag einzubringen?

Hat dies etwas mit Vertrauen zu tun? Sieht so etwa eine moderne Reform unter Beteiligung der betroffenen Beschäftigten aus?

Nein, Kolleginnen und Kollegen, das hat nichts mit alledem zu tun.

Dies zeigt einmal mehr die Art, wie eine Hessische Landesregierung mit den Polizeibeschäftigten umgeht.

62 Jahre Lebensarbeitszeit bis zu 42 Stunden Wochenarbeitszeit, das ist das wahre Vorhaben, das hinter der Politik dieser Regierung steckt.

Warum hat man dies nicht von Beginn an so dargestellt, dann hätte man sich auf einer anderen Diskursebene befunden. Und, es wäre die Wahrheit gewesen.

Lange Zeit sprach man von den sogenannten kommunizierenden Röhren, also eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit muss bei der Wochenarbeitszeit Berücksichtigung finden.

Dies ist auch das eindeutige Ergebnis der Mediatoren in ihrem Bericht an die Landesregierung gewesen.

Wir standen also vor der Situation, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bis 62 Jahre arbeiten sollen, dann aber mit einer Absenkung der Wochenarbeitszeit, oder es bleibt bei der besonderen Altersgrenze von 60 Jahren und die Wochenarbeitszeit von bis zu 42 Jahren bleibt bestehen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben den politisch Verantwortlichen das Vertrauen geschenkt und uns darauf verlassen, dass man uns mit ins Boot nimmt, um eine Reform auch im Sinne der Beschäftigten auf den Weg zu bringen.

Nun hat man uns wieder einmal fallen gelassen und man will wohl eher doch den brutalst möglichen eigenen Weg beschreiten.

Ich nenne dies einen neuerlichen Vertrauensbruch.

Was könnte also auf unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zukommen, wenn dieser Gesetzesentwurf durch die Lesungen im Landtag in ein Gesetz geformt wird?

- | Die besondere Altersgrenze wird auf 62 Jahre erhöht
- | Umsetzung ab dem 01.01.2012
- | Für die Jahrgänge 1952 bis 1964 stufenweise Anhebung
- | Ruhestand mit 60 Jahren auf Antrag; aber mit Versorgungsabschlägen
- | Möglichkeit einer Verlängerung bis zu 2 Jahre

Eine ganz zentrale Rolle nimmt die Erhöhung der Lebensarbeitszeit für Beschäftigte ein, die während ihrer polizeilichen Tätigkeit Schichtdienst geleistet haben.

Seit Jahren gibt es hierzu konstruktive Vorschläge der GdP, auch auf Bundesebene, die sich mit der Faktorisierung von Schichtdienst beschäftigen.

Immer wieder haben wir verdeutlicht, dass es viele Beispiele aus anderen Ländern gibt, die starre Regelungen getroffen haben, und das war der falsche Weg.

Nun platzt das Überraschungsei der Landesregierung und man setzt auf genau das gleiche Pferd. 20 Jahre soll die neue starre Grenze sein. Wer also mehr als 20 Jahre Wechselschichtdienst oder andere belastende Dienste geleistet hat, kann weiterhin mit 60 Jahren in den Ruhestand treten.

Alle Zeiten eines jeden Einzelnen sollen addiert werden.

Ich bin sehr gespannt, wenn dies so kommen sollte, wer das alles ausrechnen wird und welchen Verwaltungsaufwand wir wieder einmal betreiben müssen.

Betrachtet man die zunehmenden gewaltsamen Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und die weiter steigende Arbeitsverdichtung bei weniger Personal ist es ein Gebot des Vertrauens und auch der Fairness den Kolleginnen und Kollegen gegenüber, die täglich, und insbesondere im Schichtdienst die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger garantieren möchten, dass man diese Arbeit auch honoriert.

Bitte erklären sie doch einmal selbst und von Angesicht zu Angesicht einer Kollegin oder einem Kollegen mit einer Schichtzeit von 19 Jahren, dass diese Zeit nicht honoriert wird. Ich kann das nicht erklären.

Wir fordern auch weiterhin, dass 40 Jahre Polizeidienst zu einer besonderen Altersgrenze von 60 Jahren führen muss.

Der Gesetzesentwurf wird nun zunächst im Innenausschuss weiter behandelt. Unsere Positionen sind klar, wir werden sie auch genau so einbringen.

Landespolizeibeauftragter beim Hessischen Landtag

Etwas Neues soll her, auch hierbei handelt es sich um einen eingebrachten Gesetzesentwurf, diesmal aus der Fraktion der SPD, in den Landtag.

Mobbingvorwürfe in der Hessischen Polizei, unangemessene Durchführung von Disziplinarverfahren und unsensibler Umgang mit Beschäftigten. Das alles hat uns in der letzten Zeit verfolgt.

Und, des Rätsels Lösung, so dieser Entwurf, soll diese neu einzurichtende Funktion sein. Auf den ersten Blick ein möglicherweise sinnvolles Vorhaben, unseren Kolleginnen und Kollegen behilflich zu sein, unabhängig und vertrauensvoll einen Ansprechpartner zu finden.

Die Frage, die sich mir stellt ist jedoch, brauchen wir dies wirklich, haben wir dies nicht eigentlich schon?

Wer ist denn für die Kolleginnen und Kollegen da, wenn es Probleme gibt, an wen können und sollen sie sich denn wenden?

Es sind doch unsere Personalräte und die Gewerkschaften, die sich für die Interessen und bei auftretenden Problemen dafür einsetzen.

Im Widerspruch der Landesregierung zu dem Gesetzesentwurf heißt es, dass es doch starke und leistungsfähige Personalräte bei der Polizei gebe, die dem Auftrag gerecht werden können.

Das ist schon eine sehr erstaunliche Sichtweise, waren es doch die gleichen Verantwortlichen, die 1999 und 2003 zu den weitgehenden Veränderungen im hessischen Personalvertretungsrecht gesorgt haben.

In der gesamten öffentlichen Verwaltung in Hessen und im Vergleich zu den anderen Bundesländern sucht dies seinesgleichen.

Auf einer Ligatabelle befinden wir uns im Personalvertretungsrecht nicht nur auf einem Abstiegsplatz, nein wir haben seit vielen Jahren die rote Laterne.

Stärken sie die Personalräte, dann brauchen sie auch keine neue Institution wie den Landesbeauftragten beim Hessischen Landtag.

Letzte Meldung – Ministerpräsident Koch tritt zurück

In der letzten Stunde vor dem Druck dieser Ausgabe drang noch die Mitteilung des Ministerpräsidenten Roland Koch zu uns durch, ab dem 01.09.2010 nicht mehr als Mi-

nisterpräsident zur Verfügung zu stehen.

Seit diesem Zeitpunkt streiten sich die Geister, ob die Mitteilungen von ihm die wahren Beweggründe zu dieser Maßnahme sind oder dies eine Inszenierung vor einem möglicherweise erzwungenen Rückzug ist.

In den kommenden Tagen, also dann auch zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe, werden wir alle möglicherweise etwas schlauer sein.

Für mich bleibt eine kernige Aussage unseres jetzigen Dienstherrn, Innenminister Bouffier hängen, der als Nachfolger von Roland Koch in den Startlöchern steht. In der Pressekonzferenz gemeinsam mit dem MP teilte er mit, dass, wenn er denn gewählt wird, er dafür Sorge, dass die CDU ihren eigenen politischen Stil weiter in gewohnter Manier fortführen wird.

Eine Bitte, Herr Bouffier – bitte tun sie dem Land Hessen nicht das an, was sie in den vergangenen Jahren mit der hessischen Polizei getan haben. Eine solche Führungskultur wird ihnen auf dem möglichen neuen Posten mehr schaden als nutzen.

Peter Wittig

Titelthema

Bezirksgruppe Westhessen auf dem Landesdelegiertentag

4 Jahre waren seit dem letzten Delegiertentag in Rothenburg/Fulda vergangen. Einige Ziele, welche wir damals festgelegt hatten, konnten in dieser Zeit verwirklicht werden, andere mussten aufgrund der finanziellen und politischen Situation erst einmal auf Eis gelegt werden. Und nun stand der nächste Landesdelegiertentag vor der Tür. Mensch was war die Zeit vergangen.

Vom 17.-19-März 2010 trafen sich Dieter Kurth, Siegfried Müller, Marianne Wolf und Nils Stößinger von der Kreisgruppe Bad Homburg,

Rainer Becker, Karl-Heinz Pöhland und Klaus Schmidt von der KG Limburg-Weilburg, Beate Gretzschel, Thomas Hasler und Thomas Tauber von der KG Main-Taunus Kreis, Wilfried Honecker, Volker Kaczmarek, Hans-Jürgen Lieberknecht und Melanie Schwirtlich von der KG PAST Wiesbaden, Daniel Klimpke und Arne Völker von der KG Rheingau, Klaus Lieber, Bernd Wahnel und Karl Klute von der KG Untertaunus, Gernot Lehr und Achim Nickel von der KG Usingen, Martin Fraund, Rolf Krause, Beate Ohl-Hachenberger, Anton Schardt und Saskia Melanie Struß von der

KG Wiesbaden als ordentliche Delegierte in Weilburg.

Im offiziellen Teil des ersten Tages wurden die Polizeipräsidenten, Vertreter der Landtagsfraktionen und weitere Ehrengäste, unter anderem Dr. Heiner Geißler begrüßt.

Letzt genannter hielt eine fesselnde Rede zum Thema Sozialstaat und Weltwirtschaft und hielt die negativen Begleiterscheinungen einer zunehmenden Globalisierung vor Augen. Schade, dass es nicht mehr Politiker mit diesem sozialetischen Charisma gibt.

Nach Ende des offiziellen Teils eröffnete Jörg Bruchmüller den 24. ordentlichen Delegiertentag. In seiner Ansprache zeigte Jörg Stationen gewerkschaftlicher Arbeit in der vergangenen Vorstandsperiode auf. Die Betreuung der Kollegen vor Ort während der Fußballweltmeisterschaft, die Postkartenaktion und die Demo in Kassel, bei welcher die Kollegen von unserem Innenminister als Krawallmacher bezeichnet wurden. Auch aufgezeigt wurde die Toleranz und Dynamik der GdP, welche auf die kleineren Gewerkschaften DPoIG und BdK zuzuging, um u.a. das Thema der Stellblase A10 gemeinsam zu lösen.

Nach dem Bericht der Kassenprüfer wurde der Vorstand entlastet. Zur Wahl des neuen Vorstandes traten nicht mehr alle Kandidaten u.a. wegen Erreichen der Altersgrenze an. So ging zwischenzeitlich Erika Büttner in Rente und Mike Messer in Pension. Der neue Landesvorstand setzt sich nun zusammen aus Jörg Bruchmüller als Vorsitzenden. Zu Stellvertretern wurden Jörg Schuhmacher (BZG SOH), Lothar Hölzgen (BZG WH), Andreas Grün (BZG MH) und Heinz Schiskowsky (HLKA) gewählt. Letzterer tritt die Nachfolge von Erika Büttner an. Jürgen Aschenbrenner wurde als Kassierer für den ausscheidenden Mike Messer und Peter Wittig als dessen Stellvertreter gewählt. Alter und neuer Schriftführer ist Ewald Gerk (BZG OH), dessen Stellvertreter Wolfgang Link (BZG F).

Weiter ging es mit einer Satzungsänderung, nämlich der Aufnahme von 2 weiteren Mitgliedern im geschäftsführenden Landesbezirksvorstand begann. Gewählt wurden Sandra Temmen von der Landesfrauengruppe und Ralf

Humpf, Vertreter der Kripokommision als Beisitzer mit gleichem Stimmrecht wie der übrige Vorstand.

Am Abend fand der geplante Bezirksgruppenabend statt. Mit einer One Man Show vom Feinsten sorgte Jonas Weyand von der PAST Wiesbaden. Ein begnadeter Spieler auf der Gitarre. Neues und Oldies, für jeden Geschmack war was dabei. Es dauerte auch nicht lange bis sich im Gewölbekeller des Hotels Lindenhof Partystimmung einstellte und es die meisten Kollegen auf die Tanzfläche zog.

Es war schon spät, als Jonas mit „San Francisco“ das letzte Lied ankündigte. Aber er hatte die Rechnung ohne uns gemacht. Erst nach weiteren 4 Zugaben ließen wir ihn gehen und der Abend fand bei noch anschließenden Gesprächen einen gemütlichen Ausklang.

Am nächsten Morgen war einigen Kollegen der geringe Schlaf anzusehen. „Auf die Zähne gebissen und weiter, so das Motto eines Kollegen. Nach dem Frühstück ging es auch gleich an die Behandlung der Anträge. Wichtige Themen der Bezirksgruppe Westhessen, zuvor auf dem Bezirksdelegiertentag im Oktober 2009 beschlossen, wurden hier auf dem Landesdelegiertentag angenommen, mit gleichen Anträgen zusammengelegt oder als Arbeitsmaterial verfügt. Zu diesen Themen gehörte unter anderem die Einstufung der Wachpolizei in die VergGr. Vc, Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Anpassung und Neuregelung der DUZ, Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Leichensachbearbeitung, Abgeltung von Mehrarbeit etc. um nur einige zu nennen.

Um 17.00 Uhr wurde die Arbeitstagung beendet, da der Saal für den bunten Abend umgebaut werden musste. Also suchte jeder seine Unterkunft auf und machte sich für den Abend zurecht. Ich selber gönnte mir ein kurzes Nickerchen. Danach ging es ins Bad zum Aufbrezeln.

Nach dem Essen wurde es bunt. Zuerst durch die Lichter und dann durch die Akteure. Neben den Auftritten eines Duos, welches Klassiker aus Pop und Rock wiedergaben, spielte die Band Wanda einige Hardrock Stücke. Vom Hocker gehauen hat mich das Ensemble Pinochio 90 mit Stücken aus bekannten Musicals.

Das Highlight kam zum Schluss. Jonas Weyand, welcher uns schon am Vorabend einen Vorgeschmack seines Könnens lieferte, trat mit seiner Band in der Rockie-Williams-Show auf.

So gut gecovert, dass es niemanden auf den Sitzen hielt. Alle stürmten vor die Bühne, tanzten, klatschten, hüpfen zum Takt. Irgendwann, es war etwa 02:30 Uhr schlichen Bernd Wahnel und ich zu unserem Hotel. Wir waren uns einig, wir haben den mit Abstand schönsten Abend erlebt.

Aufgrund der intensiven Arbeit vom Vortag, konnten am dritten Tag die Anträge in rascher Folge behandelt werden, so dass die Delegierten nach dem Mittagessen den Heimweg antraten. Zu guter letzt noch ein Dankeschön an die Organisatoren. Allen voran Lothar Hölzgen, Klaus Schmitt und die Kollegen aus Limburg und Weilburg.

Karl Klute

Aus dem Gerichtssaal

VIEL ALKOHOL BRACHTE VIEL ÄRGER

Wegen fahrlässiger Trunkenheit in Verbindung mit Widerstand gegen Polizeibeamte, geschehen am 26. August vergangenen Jahres, gegen 3.30 Uhr, in Oberursel, musste sich ein 32 Jahre alter Mann vor dem Bad Homburger Amtsge-

richt verantworten. Am Ende der Beweisaufnahme entschied Staatsanwalt und Richterin, das Verfahren wird wegen geringer Schuld des Angeklagten eingestellt.

In der Augustnacht war die Polizei telefonisch von einem Anrufer in

Kenntnis gesetzt worden, dass ein erheblich betrunkenen Mann mit dem Auto in Oberursel unterwegs sei. Dazu gab es eine recht gute Beschreibung des offenbar stark alkoholisierten Autofahrers. Die Polizei konnte im Verlaufe der Fahndung

den besagten Pkw in Oberursel am Straßenrand parkend ausfindig machen. Darin saßen zwei Männer. Doch die zuvor erhaltene Beschreibung passte auf den Mann auf dem Beifahrersitz. Da zu diesem Zeitpunkt nicht eindeutig klar war, ob dennoch der auf dem Fahrzeugsitz befindliche Mann zuvor den Wagen steuerte, wurden beide zwecks Blutentnahme zur Dienststelle Oberursel mitgenommen. Zunächst verlief alles friedlich mit den beiden stark alkoholisierten Männern. Doch dann gab es Ärger mit dem Mann, der bei der Kontrolle hinter dem Steuer saß aber auf den die vorherige Beschreibung wenig passte. Er hatte zwar die erste Blutentnahme gegen 3 Uhr akzeptiert, doch die zweite Entnahme eine halbe Stunde später energisch abgelehnt. Diese zweite Blutentnahme hielt die Polizei deshalb für notwendig, da ein sogenannter Nachtrunk zwischen Telefonmitteilung und Polizeikontrolle

nicht ausgeschlossen werden konnte. Doch nun wehrte sich der 32-Jährige. Erst als er von mehreren Beamten auf dem Boden fixiert worden war, konnte die zweite Blutentnahme erfolgen. Der Alkoholpegel zwischen beiden Entnahmen lag zwischen 2,56 (1. Entnahme) und 2,45 Promille (2. Entnahme). Bei der zweiten Blutentnahme hatte sich der Mann erheblich gewehrt und auf dem Boden liegend mit den Beinen ausgeschlagen, ohne jemanden zu treffen. Den geleisteten Widerstand bezeichnete der Staatsanwalt „am untersten Rand gelegen“.

Wie der Angeklagte, der vor etwa einem Jahr aus Portugal einreiste, über die Dolmetscherin mitteilen ließ, habe er eine Blutentnahme am Arm abgelehnt, weil er dort erhebliche Brandnarben habe. Das hätten die Beamten wegen des Sprachproblems vermutlich nicht verstanden.

Doch dies ist wohl nur die halbe Wahrheit, denn schließlich wurde auch die erste Entnahme am Arm durchgeführt. Dennoch kamen Staatsanwalt und Richterin zu der Entscheidung, den Fall einzustellen. Begründet wurde dies damit, dass der Angeklagte laut vorheriger Zeugenaussage mit größter Wahrscheinlichkeit gar nicht den Wagen gefahren habe. Und außerdem sei auch nichts darüber in den Akten vermerkt, ob vor der zweiten Blutentnahme, bei der sich der Angeklagte widersetzte, die Anordnung eines Richters oder Staatsanwaltes eingeholt worden sei. Deswegen sei die Rechtmäßigkeit der zweiten Blutentnahme, bei der es die Widerstandshandlung gegeben hatte, fraglich. Der Staatsanwalt zu dieser überraschenden Entscheidung: „Die Polizei hat subjektiv richtig gehandelt aber objektiv offensichtlich die Sache falsch eingeschätzt“.

Heinz Habermehl

Eindrücke zur 13. Bundesjugendkonferenz in Potsdam -aus Sicht einer Gast-Delegierten-



Hessische Delegierte mit dem Bundesvorsitzenden

Ein Telefonat mit einem Kollegen und schon sollte ich an der Bundesjugendkonferenz für die Vertretung Nordhessens in Potsdam teilnehmen. Zuvor hatte ich mich wenig mit der GdP auseinander gesetzt. Ich wusste zwar, dass es eine Junge Gruppe gibt, aber deren Aufgaben kannte ich nicht. Jetzt war ich plötzlich als Gast-Delegierte eingeladen

und hatte keine Ahnung, was auf mich zukommen würde.

Am 26.04. – 28.04.2010 fand die Bundesjugendkonferenz in Potsdam statt. Der erste Tag gestaltete sich für mich eher undurchsichtig. Wahlen, Berichte, Diskussionen-ich verstand nichts. Bei der Abendveranstaltung lernte ich neben den Kollegen der Landesgruppe Hessen

auch Kollegen aus anderen Bundesländern kennen. Wir tauschten uns über Erfahrungen und Arbeitsbedingungen aus. Am nächsten Tag wurden für die Aktion ‚SOS- Schutzleute ohne Schutz‘ Fotos gemacht. Im Anschluss daran präsentierte sich jede Landesgruppe auf dem ‚Markt der Möglichkeiten‘. Danach wurde in verschiedenen Workshops gearbeitet und im Anschluss das Ergebnis vorgestellt. Nachmittags und am nächsten Morgen wurde über viele Anträge abgestimmt, in denen beschlossen wurde, welche Ziele die Junge Gruppe in den kommenden vier Jahren verfolgt. Ab diesem Zeitpunkt verstand ich, wozu es die Junge Gruppe gibt! Mit diesen Anträgen wurde die Richtung der Jungen Gruppe festgelegt. Die Anträge bezogen sich unter anderem auf Probleme der Gesellschaft mit diversen Präventionsprogrammen, sowie auf Dienst- gelegenheiten und Arbeitsbedingungen der Bundesländer. Im Großen und Ganzen war die Bundesjugendkonferenz in Potsdam eine sehr gelungene Veranstaltung, bei der auch Laien wie mir bewusst wurde, dass eine Gewerk-

schaft sehr sinnvoll ist- und eine Gewerkschaft würde nicht viel erreichen, wenn es nicht so viele Personen gäbe, die sich ehrenamtlich für alle Kollegen einsetzen. Was

heute mit der Gewerkschaft bzw. in der Jungen Gruppe erreicht wird, stellt die Weichen für die Zukunft der Beschäftigten in der Polizei. Zwar kann man in der Gewerkschaft kei-

ne politischen Entschlüsse fassen, aber man kann zumindest Denkanstöße liefern und Forderungen stellen.

Julia Seibel

Unsere neue Bundesjugendvorsitzende im Kurzportrait!

1. Dein Name, Dienstgrad, Dienststelle, Eintritt in den Polizeidienst?

Sabrina Veronique Michaela Kunz, POK in zuletzt Leiterin der Polizeiinspektion Mainz 2 – derzeit im ersten Studienjahr an der Deutschen Hochschule der Polizei 1997 in den mittleren Dienst 2003/2004 Aufstieg gehobener Dienst seit 2009 Aufstieg in den höheren Dienst

2. Dein Sternzeichen?

Krebs

3. Wie lange bist Du schon gewerkschaftlich aktiv?

Seit 2002 – somit seit der politischen Willenserklärung, die Lebensarbeitszeit in RLP zu verlängern. Das hat mich auch dazu bewegt, eine JUNGE GRUPPE (GdP) in Koblenz und später in allen Präsidien zu gründen, da die meisten jungen Kollegen/Innen von der JUNGEN GRUPPE (GdP) bis dato nicht so viel mitbekommen haben.

4. Warum ausgerechnet in der GdP?

Die GdP ist die größte Solidargemeinschaft in der Polizei und sie ist die größte Solidargemeinschaft, weil sie die beste, kompetenteste, aktivste und „sympathischste“ polizeiliche Berufsvertretung mit vernünftigen Programmzielen ist.

5. Was hat dich dazu bewogen für den Bundesjugendvorsitz zu kandidieren?

Die Arbeit in der JUNGEN GRUPPE (GdP) braucht eine Reform. Wir müssen noch aktiver und inhaltlich stärker werden. Damit möchte ich sagen, dass wir uns besser sowohl personell als auch inhaltlich positionieren wollen. Wir wollen im ge-

samtigen Bundesgebiet nicht nur auf dem Papier existieren, sondern leben.

6. Welches persönliche Ziel hast Du für die nächsten vier Jahre?

Ich möchte der JUNGEN GRUPPE (GdP) ein neues und stärkeres Stimmgewicht erkämpfen. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand und die Aktiven der Länder (und somit der Bundesjugendvorstand) eng zu einer aktiven Gemeinschaft zusammen wachsen, die für gemeinsam vereinbarte Ziele kämpft.

7. (Zu Frage 6) ...ist das Deine Vision?

Ja, das ist „die Vision des Bundesjugendvorstandes“, denn ich werde dies nicht alleine meistern können. Dafür haben wir einen starken geschäftsführenden Bundesjugendvorstand gewählt. Insofern ist es „unsere Vision“.

8. Was ärgert dich gewerkschaftspolitisch am meisten?

- 1 ... die immer kleiner werdende Personaldecke und die Milchmädchenrechnungen hinsichtlich der Einstellungszahlen
- 1 ... dass wir die Zeche der Weltwirtschaftskrise zahlen sollen
- 1 ... dass junge Menschen nicht ernst- und wahrgenommen werden
- 1 ... mich „kotzt es regelrecht an“, dass wir manchmal gegen Windmühlen argumentieren, diskutieren und kämpfen, uns große Versprechungen gemacht werden, von der nach einem Regierungswechsel die politisch Verantwortlichen nichts mehr wissen wollen

9.und privat?



v.l. Sascha Göritz, Konny Freiberg, Sabrina Kunz und Hugo Müller

Bin ich 29 Jahre jung, wohne in der „schönsten Stadt in Rheinland-Pfalz“ nein, nicht Mainz, sondern in einem schönen Eigenheim in Koblenz.

Ich bin nicht verheiratet und ich habe keine Kinder, dafür aber eine wundervolle Familie, wundervolle Freunde und ein ebenso wundervolles Patenkind, der kleine 7 Monate alte Gewerkschafter „Erik“

10. Was fällt Dir spontan ein, wenn Du JG Hessen hörst?

Starker Landesjugendvorstand, Antonio Pedron und Jochen Zeng, die mir immer gern gesehene Diskussionspartner sind; GdP-Imagefilm und besondere Verbindung, da uns nur der „Rhein“ voneinander trennt

11. Wer wird Fußballweltmeister?

Ich glaube nicht, dass sich diese Frage ernsthaft stellt – natürlich Deutschland!

12. Dein Motto?

Akzeptiere oder verändere! und „Caro, sieh es mir nach“: ALLES WIRD GUT! Wir wünschen Dir viel Spaß, Freude und Erfolg bei den Amtshandlungen und bedanken uns für das Interview!

A. Pedron

Fackelwanderung der Kreisgruppe Untertaunus am 26.02.2010

Hui, war das ein Wetterspiel an Freitag. Morgens gab es vereinzelt kurze Schauer mit sonnigen Abschnitten. Gegen Mittag bewölkte es immer mehr und ab 16:00 Uhr gingen die Schauer in einen Dauerregen über. Als hätte Petrus ein Einsehen, hörte es um 17:30 Uhr auf zu regnen.



Angrillen

Um 18:00 Uhr erschienen dann auch 13 Wanderer auf dem Parkplatz des Hessenparks in Neu-Anspach. Unsere Mitglieder Erhard Ambrosius und Thilo Müller bauten sogleich die Glühweinkanne auf und so konnten wir vor Marschbeginn den ersten Glühwein kosten. Den Glühwein sponserte Erhard, wofür wir ihm natürlich dankten. Zu den Inhaltsstoffen sollten wir den Arzt oder Apotheker fragen, meinte Erhard.

Herr Zwengel vom Naturpark Hochtaunus führte die Tour und hat-



Bereit zum Abmarsch

te auch einiges über die Einwohner vor etwa 2000 Jahren zu erzählen. So wanderten wir linksseitig des Limes im ehemaligen Barbaricum Germanicum bis kurz vor die Saalburg. Hier überschritten wir die Grenze ins Romanum.

Nach wenigen Minuten war die Saalburg erreicht, von welcher der römische Name bis heute nicht bekannt ist. Während Herr Zwengel über die dort stationierte Römische Kohorte berichtete, tauchten Ewald Ambrosius und Thilo Müller mit frischen Tassen, Schöpfkelle und Glühweintopf auf. Nach erneuter Betankung traten wir den Rückweg an. Eine gute Stunde später erreichten wir unser nächstes Ziel, die Grillhütte in Obernhain.

Unsere fleißigen Helfer Erhard und Thilo hatten zwischenzeitlich ebenfalls ihren Standort gewechselt und erwarteten uns an der Grillhütte. Dort erfuhren wir auch von der

unfreiwilligen Umgebungserkundung, weil die Grillhütte nicht sofort gefunden wurde.

Macht nichts. Mit vereinten Kräften und „Anbrennbeschleuniger“ aus der Gasflasche war die Holzkohle bald so heiß, dass die ersten Würstchen gebraten werden konnten. Diese füllten auch bald die ersten Mägen. Übereinstimmend stellte man fest – genau das richtige bei der Kälte. Gemeinsam gegessen, gemeinsam aufgeräumt und schon ging es auf der letzten Etappe weiter bis zum Ziel.

Wenn Petrus auch nicht das optimale Wanderwetter schickte, so hatte er zur richtigen Zeit ein Einsehen und alle Wanderer kamen trocken am Ausgangspunkt an. Fazit der Teilnehmer – eine informative Wanderung mit Spaßfaktor, die sich bei hoffentlich besseren Wetterbedingungen wiederholen lässt.

Karl Klute

Ehrungen

25jähriges GdP Jubiläum

Norbert Troesken
Michael Sohn
(KG Wiesbaden)
Alexander Roedig
Wilfried Textor
Hans-Joachim Acklin

(KG Limburg-Weilburg)
Franz-Josef Gerhardt
(KG Usingen)
Karl-Felix Engelmann
Dieter Kilian
(KG Rheingau)
Thomas Schäfer
(KG Bad Homburg)

40jähriges GdP Jubiläum

Dieter Dörr
(KG Usingen)
Norbert Fischer
(KG Bad Homburg)
Dieter Riemann
(KG PAST Wiesbaden)

40. Geburtstag

Claudia Theis
(KG Limburg-Weilburg)
Katja Jokiell-Gondek
Markus Körner
(KG Bad Homburg)

50. Geburtstag

Frank Kern
Rolf Krause
Karl-Heinz Krämer
Andreas Hedrich
Wilfried Kehraus
Peter Kräfft
(KG Wiesbaden)
Axel Schmidt
Ralf Müller
(KG Limburg-Weilburg)
Reinhold Wittig
Matthias Ahäuser
Hans-Georg Venter
Michael Ziegler
(KG Bad Homburg)
Günther Jörg
(KG PAST Wiesbaden)
Ulrich Jacobi

Achim Leibl
Frank Lernbecher
(KG Untertaunus)

60. Geburtstag

Karl-Heinz Martin
Rainer Theis
(KG Wiesbaden)
Wolfgang Fritsch
(KG Limburg-Weilburg)
Christine Martins
(KG Bad Homburg)
Hans Neu
(KG PAST Wiesbaden)
Erhard Ambrosius
(KG Untertaunus)

65. Geburtstag

Günter Wolf
(KG Limburg-Weilburg)
Brunhilde Lorenz
(KG Bad Homburg)

70. Geburtstag

Paul Solty
(KG Wiesbaden)
Günter Weißer

(KG Limburg-Weilburg)
Horst Schröter
Hans Neu
(KG PAST Wiesbaden)
Rudolf Laux
(KG Untertaunus)

75. Geburtstag

Rolf Stroh
(KG Wiesbaden)

80. Geburtstag

Kaethe Wimmer
(KG Bad Homburg)

90. Geburtstag

Josef Leuning
(KG Limburg-Weilburg)
Karl Schaad
(KG Main-Taunus)

Ruhestand

Hans Neu
(KG PAST Wiesbaden)

Verstorben

Martha Schönfeld
(KG Wiesbaden)

Was haben die GdP und ein Pferdeanhänger gemeinsam?

Nun, beide können Bindeglieder werden.

Doch lesen Sie selbst.....

Das Pferd meiner Tochter mußte aufgrund einer nicht heilbaren Krankheit eingeschläfert werden. Die Trauer dauerte zwei Jahre an und ebenso lange stand der Pferdeanhänger unbeachtet neben dem Reitstall. Auf mein Anraten hin, den Anhänger nun doch endlich zu verkaufen, bat sie mich dieses letzte Kapitel vom geliebten Pferd doch zu Ende zu bringen und als pensionierter Polizeibeamter hätte ich ja nunmehr Zeit dafür.

Dazu nutzte ich nun die verschiedenen Internetportale und bot das Fahrzeug dort an. Schon nach kurzer Zeit stellten wir fest, daß eine Reiterin an dem Kauf interessiert war. Zu der vereinbarten Begutachtung des Pferdeanhängers auf einem Bauernhof, erschien denn auch eine junge Frau in Begleitung eines jungen Mannes. Sie fand Gefallen an dem Anhänger und der Kauf kam zustande. Dabei dem Ver-

kaufsgespräch stellte sich heraus, daß sie Polizeibeamtin ist und im PP Westhessen bei der RKI Hochtaunus beschäftigt sei. Auf meine Frage, ob sie denn auch in der GdP sei, bejahte sie und es entwickelte sich daraufhin ein herzliches Gespräch.

Als ich sie fragte, wann sie denn den Anhänger abholen wolle, teilte sie mir mit, daß es leider an diesem Wochenende nicht ginge, da sie heiraten möchte und stellte dabei gleichzeitig ihren männlichen Begleiter als ihren Bräutigam vor.

Sofort entschlossen sich meine Tochter und ich, als Überraschung den Anhänger der jungen Braut zur standesamtlichen Hochzeit zu überführen. So kam es denn, dass wir vor der Übergabe am Ortseingang den Pferdeanhänger schmückten.



Es folgte ein großes Hallo und Staunen, als wir mit dem geschmückten Anhänger auf das bauerliche Anwesen des Bräutigams fuhren, der hauptberuflich bei der Stadtverwaltung in Grünberg beschäftigt ist.

Bei der Übergabe wurden die goldenen Handschellen unserer Gewerkschaft als dauerhafte Verbindung und eine Flasche Sekt überreicht.

GdP – Schön, dass es sie gibt!

Dietmar Reichel

Gute Gründe gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei der hess. Polizei!

Grundsätzlich ist festzustellen, dass jedweder Absicht, die Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte in Hessen zu verlängern, abgelehnt wird.

„Im Rahmen des Artikels 33 Absatz 5 Grundgesetz verbleibt dem Gesetzgeber ein weiter Spielraum des politischen Ermessens, innerhalb dessen er die Versorgung der Beamten regeln und die Gegebenheiten den tatsächlichen Notwendigkeiten, sowie die fortschreitende Entwicklung anpassen und verschiedenartige Gesichtspunkte berücksichtigen kann.“

So urteilte das Bundesverfassungsgericht zur Änderung des § 55 Beamten-Versorgungsgesetz. Aus diesem Urteil wird deutlich, dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes den finanzpolitischen Zugriffen der Regierenden schutzlos ausgeliefert sind. Dies zeigte sich bei den Sparmaßnahmen des Dienstrechtsreformgesetzes und des Versorgungsreformgesetzes 1998 und findet seinen vorläufigen Höhepunkt in der Streichung des Urlaubsgeldes und der drastischen Kürzung des Weihnachtsgeldes sowie in der Erhöhung der Wochen- und Lebensarbeitszeit ab dem Jahr 2003. Die Erkenntnisse der Arbeitsmedizin im Hinblick auf die negativen Wirkungen von längerer Arbeit verhalten ungehört. Sowohl die Gesundheit des Einzelnen als auch die des gesamten Volkes sind zum Spielball der Finanzpolitiker gekommen.

Die Schichtdienstleistenden und die Dienststellen, die unregelmäßigen Dienst zu jedweder Tages- und Nachtzeit leisten, wären von zusätzlichen Belastungen dieser Art besonders hart betroffen.

I. Blick über den Tellerrand:

Im Land Nordrhein-Westfalen erfolgte die Überprüfung dieser besonderen Altersgrenze noch im Dezember 2002 im Rahmen einer Petition.

In dem Petitionsbescheid vom 02.12.2002 – 1.3 – pet – Nr. 13/08602 – wird ausgeführt:

„Soweit der Petent eine Rechtsänderung anregt, schließt sich der Petitionsausschuss der Auffassung des Innenministeriums an. Hiernach sind weitergehende Regelungen, wie sie der Petent offensichtlich anstrebt, nicht beabsichtigt.“

Grundsätzlich hält das Land Nordrhein-Westfalen für Polizeivollzugsbeamte an der auf das 60. Lebensjahr festgelegten Altersgrenze fest. Polizeivollzugsbeamte werden durch den Wechsel- und Außendienst gesundheitlich erheblich belastet. Schon vor Vollendung des 60. Lebensjahres zeigen sich die Auswirkungen dieser Belastung durch einen deutlichen Anstieg beim Krankenstand. Gewichtige medizinische Gründe sprechen daher dagegen, die auf das 60. Lebensjahr festgelegte Altersgrenze aufzugeben.“

II. Entwicklung in Richtung Lebensarbeitszeitverlängerung und damit verbundene Negativeinschätzungen

(Veröffentlichungen von Prof. Dr. Rudolf Summer im ZBR, Heft 1/1993)

Das Verweilen in Erfahrung und Routine ist nicht das, was die Verwaltung heute braucht. Es ist schlicht eine Lebenserfahrung, dass der Innovationsschwung im Laufe der Jahre nachlässt. Erworbene Erkenntnisse, die zum Nutzen der Verwaltungsaufgaben vorhanden sind, können nicht alleine den Schwerpunkt des dienstlichen Interesses bilden.

Der Versuch, Einsparung von Versorgungsbezügen zu erreichen, geht zu Lasten der Nachwuchsbewerber, die den zuvor genannten Innovationsschwung sicherstellen können.

Zur Erreichung eines möglichst reibungslosen und effektiven

Arbeitsablaufs ist das Hinausschieben der Altersgrenze höchst unzweckmäßig.

Wenn man ausschließlich die fiskalischen Gründe betrachtet läuft man Gefahr, dass man die betroffenen Menschen in ihrer Persönlichkeit zerstört. Es liegt nicht im Interesse des Steuerzahlers Beamte/innen im Arbeitsprozess zu halten, die keine effiziente Leistung mehr erbringen können und dennoch ihr volles Gehalt beziehen, obwohl sie nichts tun oder fehlerhaft arbeiten. Der Gesetzgeber sollte schleunigst zur früheren Rechtslage zurückkehren. Dem Landesgesetzgeber ist dringend anzuraten von der Ermächtigung des Bundesrahmenrechtgesetzes keinen Gebrauch zu machen. Zum Abschluss einer zusammenfassenden, historischen Entwicklung des deutschen Beamtengesetzes, bleibt zu hoffen, dass die heute verantwortlichen Politiker, ebenso wie ihre Vorgänger bei der Einführung einer Altersgrenze in das Preußische Gesetz erkennen, dass es neben allen fiskalischen Problemen die Erfordernis gibt, durch die Verhinderung einer Überalterung, die Funktionalität des Beamtenapparates aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus gilt es dem Nachwuchs Anstellungschancen zu eröffnen sowie durch Beförderungsmöglichkeiten Berufszufriedenheit und Motivation zu fördern.

III. Typische Belastungen im polizeilichen Schichtdienst

Der polizeiliche Schichtdienst unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten von Schichtdiensten anderer Branchen. In den meisten Branchen sind die anfallenden Arbeitsgänge geregelt. D.h. es handelt sich um gleiche oder mindestens gleichartige Verrichtungen, die in festgelegten Intervallen und darüber hinaus ohne Störungen ab-

laufen. Im polizeilichen Schichtdienst sind die Verrichtungen, die von Polizeibediensteten abverlangt werden dagegen nicht bis gering geregelt. Viele davon können überhaupt nicht geregelt werden.

Das Aufgabenspektrum der Polizei bemisst sich an den durch Rechts- und Ordnungsakte übertragenen Aufgaben. Das Spektrum ist groß und abschließend nicht darstellbar. Der zeitliche Anfall von Verrichtungen innerhalb der Schicht ist aus Sicht der Polizeibesetzten gleichermaßen zufällig. Niemand kann einen Einfluss darauf nehmen, zu welchem Zeitpunkt bestimmte polizeiliche Dienstleistungen in Anspruch genommen werden (z.B. Verkehrsunfall, Einbruch, Unglück, Einsatzmaßnahmen etc.).

Ebenso wenig besteht die Möglichkeit, die Interventionstiefe einer Verrichtung in deren Vorfeld zu beeinflussen. Gleichartige Einsatzlagen können friedlich oder aber auch unfriedlich bis hin zum Einsatz von Waffen ablaufen. In dem zuletzt genannten Punkt unterscheiden sich polizeiliche Dienstverrichtungen ganz deutlich von denen anderer Unternehmungen, ja sogar von anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Diese permanente Ungewissheit über den Ablauf des Dienstes belastet die Beschäftigten in ganz besonderem Maß. Die über 24 Stunden laufenden Schichtrhythmen verstärken diesen Druck noch zusätzlich.

IV. Wissenschaftliche Bewertung zur Belastung im Schichtdienst

Bezüglich der wissenschaftlichen Bewertung wird nachfolgend aus dem Artikel DP 02/2004 von Dr. Wolfgang Schweflinghaus und Dr. Don M. DeVol zitiert:

„Dabei kann vor allem Nachtarbeit zu Gesundheitsstörungen führen, Spätschicht und Wochenendarbeit können insbe-

sondere soziale Folgen haben für die ganze Familie, für die Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen Leben und für die individuelle

Freizeit. Betroffen sind aber immer auch die Partner, die Familien.

Im Grunde werden fast alle Lebensbereiche, soziale Beziehungen, die Freizeitgestaltung, die Weiterbildung etc. durch die Schichtarbeit beeinflusst. Die tieferen Gründe für besondere Belastungen des Menschen durch Nachtarbeit und Schichtarbeit hängen zusammen mit der Circadianrhythmik physiologischer Systeme (Tag-Nacht-Rhythmus). Alle Körperfunktionen des Menschen unterliegen einer Tages- und Nachtperiodik. Sie haben einen Tagesgang, d.h. ein Maximum und ein Minimum innerhalb von 24 Stunden. Dieser 24-stündige Lebensrhythmus ist dem Menschen angeboren. Er „schaltet“ den Körper mit seiner Vielzahl von körperlichen Funktionen am Tage auf Leistungsabgabe, in der Nacht auf Erholung und Ruhe. Die Körpertemperatur beispielsweise ist am Tage hoch, nachts sinkt sie ab. Am Tage schlägt das Herz schneller als in der Nacht. Der Verdauungstrakt ist am Tage auf Nahrungsaufnahme eingestellt, nachts normalerweise auf Ruhe.

In engem Zusammenhang mit diesen körperlichen Tagesrhythmen steht der Verlauf der menschlichen Leistungsbereitschaft über den 24-Stunden Tag. So ist beispielsweise die Leistungsfähigkeit auf ihrem Tageshöhepunkt etwa 9.00 Uhr morgens um ca. 40 % höher als die durchschnittliche tägliche Leistungsfähigkeit des Menschen. Im Verlaufe der Nacht fällt das Leistungsvermögen weit unter die Tageswerte und auch die durchschnittliche Leistungsfähigkeit. Mit der sinkenden Leistungsfähigkeit eines Menschen können eine Zunahme der Fehlerhäufigkeit und die

Zahl möglicher Unfälle einhergehen.

Der Tag-Nacht-Rhythmus läuft ohne wesentliche Einwirkungsmöglichkeiten des Menschen ab. Eine Umstellung dieses Circadianrhythmus erfolgt nur, wenn der Mensch in andere Zeitsysteme wechselt. Muss aber eine Person im Schichtdienst arbeiten, so kann sie selbst durch häufigere aufeinander folgende Nachtschichten diese wohlgefügte Ordnung nicht vollständig umkehren. Der Schichtarbeiter lebt deshalb gegen den Körperrhythmus von Aktivität und Schlaf. Dieses Arbeiten und Schlafen gegen die „innere Uhr“ stellt die eigentliche Belastung bei Nacht- und Schichtarbeit dar. Auswirkungen dieser objektiven Belastung und der subjektiven Beanspruchung können sein: Befindlichkeitsstörungen wie Schlafstörungen, Magen- und Darmbeschwerden, vegetative Beschwerden, Einschränkungen der Leistungsfähigkeit und im schlimmsten Falle auch deutliche Beeinträchtigungen der Gesundheit – wie erhöhte Anfälligkeit für jahreszeitliche Erkrankungen, ernsthafte Magen-Darm-Beschwerden in Form von Magen-Darm-Geschwüren und zunehmende Herz-Kreislauf-Beschwerden.“

Fazit:

Statt einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit braucht diese hessische Polizei dringend eine Verjüngungskur. Schon heute beträgt der Altersdurchschnitt in den Dienststellen deutlich über 40 Jahre und mehr. Sinnvoller und auch kostengünstiger wäre die Schaffung eines Einstellungskorridors, damit die Polizei nicht noch weiter „vergreist“. Ein Großteil der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leistet ihren Polizeidienst im Wechselschichtdienst oder im Schichtdienst. Es steht außer Frage, dass lange Schichtdienstzeiten gesundheitschädigend sind und sich auch negativ auf das Familien- und Sozialgefüge der Polizistinnen und Polizisten auswirken. Die derzeit bereits dramatische Altersstruktur wirkt

sich überdies belastend auf die schichtdienstleistenden Polizeibeamtinnen/-beamten aus. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit würde die strukturellen Defizite noch mehr verstärken und hätte weitere negative Folgen für die Leistungsfähigkeit der Polizei und die gesundheitlichen Belastungen der einzelnen Polizeibeamtinnen/-beamten.

Der Stress im Polizeiberuf hat gerade in den letzten Jahren insbeson-

dere durch die Kriminalitätsentwicklung, Großeinsätze, Personalabbau und Wochenarbeitszeitverlängerung enorm zugenommen“. Immer jüngere Straftäter stehen einer immer älteren Polizei gegenüber.

Bei Schutz- und Kriminalpolizei, Altersdurchschnitt 45 bis 55 Jahre, sind derzeit über 5000 Beschäftigte tätig. Die Gesamtanzahl der hessischen Vollzugsbeamtinnen und -beamte beträgt über 14900. Das bedeutet, dass schon heute mehr

als ein Drittel der hessischen Vollzugsbeamtinnen zwischen 45 und 55 Jahren anzusiedeln ist. Wenn der polizeiliche Nachwuchs dann nicht im benötigten Umfang rekrutiert werden kann, weil beispielsweise konjunkturelle Begebenheiten oder verminderte Einstellungen dem entgegenstehen, kann der bereits begonnene Überalterungsprozess nicht aufgehalten, schon gar nicht umgekehrt werden.

Jens Mohrherr

Aus dem Bundesfachausschuss Schutzpolizei

In Vorbereitung auf den GdP-Bundeskongress, im November diesen Jahres, trafen sich die Mitglieder des Bundesfachausschusses Schutzpolizei in Berlin auf der Geschäftsstelle des GdP-Bundesvorstandes. Neben dem obligatorischen gewerkschaftlichen Austausch unter den Ländern, galt es aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Schutzpolizei, wichtige Anträge für den Bundeskongress zu formulieren und auf den Weg in die Antragsberatungskommission zu bringen.

Bedeutende, hier ausgetauschte Informationen aus den Bundesländern, habe ich in diesem Artikel zusammengefasst. Ich möchte Euch auf diese Weise die interessantesten Entwicklungen in dem nachfolgenden Bericht näher bringen.

Die Vorbereitungen und Ausarbeitungen von Anträgen, zu dem im Herbst in Berlin stattfindenden Bundeskongress, und die Berichte aus den Bundesländern, haben die Mitglieder des Bundesfachausschusses Schutzpolizei an zwei Tagen im November schwerpunktmäßig beschäftigt.

Die Tagesordnung war mit den nachfolgenden Themen zwischen dem Vorsitzenden Lothar Hölzgen und dem Gewerkschaftssekretär Hans-Jürgen Marker abgestimmt und sah folgende Themen und Inhalte vor:

- | Anträge zum Bundeskongress
- | Länderberichte
- | Die neue Farbe von Uniform und Funkstreifenwagen
- | Einführung eines Teleskop-Schlagstocks

Informationen von unserem neuen Justiziar Andreas Braun

Organisierte Kriminalität und Terrorismus verzeichnet aktuell einen sprunghaften Anstieg von rund 40%. Aktuell diskutierte Verbote, z. B. von Hells Angels und Banditos, sind nicht erfolgversprechend. Der Eintritt von Banditos zu den Hells Angels, wird vorsichtig formuliert, als positiv angesehen.

Im Bereich der Wirtschaftskriminalität erfährt die Polizei immer weniger von Straftaten, da interne Lösungen angestrebt werden.

Veränderung des §113 StPO werden zurzeit heftig diskutiert und von der GdP ein neuer § 115 StPO gefordert. Politiker wollen nicht zwingend den Paragraphen neu fassen und prüfen z. Zt., ob man es im §113 StPO unterbringen kann. Die FDP hält sich diesbezüglich bedeckt. Im April, nach einer Sitzung der Regierungskoalition, wird ein Ergebnis erwartet.

Vorbereitungen zum Bundeskongress

Hans-Jürgen Marker informiert zu einigen Neuerungen bei Kongressanträgen

- = Der Automatismus nach vier Jahren soll neu geregelt werden
- = Sonderrunde im Rahmen der Antragsberatungskommission befasst sich immer noch einmal mit den Anträgen der letzten Wahlperiode
- = Keine Auseinandersetzung mit Altanträgen im Rahmen des Kongresses
- = Noch nicht abgearbeitete Anträge bleiben aktuell.

Anträge des Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA-S)

Arbeitsschutz

Der Bundesvorstand wird beauftragt, in seiner künftigen Arbeit, alle auf die beruflichen Tätigkeiten der Polizeibesetzten einwirkenden Einflüsse aus dem arbeitsorganisatorischen und arbeitspsychologischen Bereich einer integrativen Gesamtbetrachtung zu unterziehen. Die daraus resultierenden Folgerungen sollen Eingang in die Aussagen der GdP auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes finden.

In der Begründung wird sehr deutlich auf die Erfordernis hingewiesen, dass es originäre Aufgabe

der GdP sein muss, für die sozialen Belange ihrer organisierten Beschäftigten einzutreten. Dazu zählt in erster Linie der Schutz vor Arbeits- bzw. Dienstunfällen, dem Schutz vor Berufskrankheiten und vor arbeitsbedingten Erkrankungen.

Gewalt gegen Polizeibeamte

Der Bundesvorstand soll mit diesem Antrag beauftragt werden, sich in seiner künftigen Arbeit dafür einzusetzen, dass die Studie, „Gewalt gegen Polizei“, weiterhin fortgesetzt und aktualisiert wird.

Ferner soll ein Handlungsschwerpunkt sein:

Die Verschärfung des Strafrechts durch Einführung eines neuen Straftatbestandes, die die bekannten Rechtslücken zu den sanktionierten Widerstandshandlungen schließt.

Die Verbesserung der Aus- und Fortbildung, insbesondere durch Abstimmung des polizeilichen Einsatztrainings, auf die aktuellen Gefährdungslagen und Erhöhung der Fortbildungsstunden. Hierzu müssen alle Personalressourcen ausgeschöpft werden, um eine hohe Bandbreite bei der Kollegenschaft zu erreichen.

Mitwirkung bei einer praxisnahen Ausbildung in den Bereichen:

Führung, Taktik und Ausrüstung.

In seiner Begründung weist der BFA-S darauf hin, dass es originäre Aufgabe einer Gewerkschaft ist, für die sozialen Belange ihrer organisierten Beschäftigten einzutreten. Dazu zählt in erster Linie der Schutz vor Arbeits- bzw. Dienstunfällen, in der Folge körperlicher Gewaltanriffe gegen Polizeieinsatzkräfte durch das polizeiliche Gegenüber.

Dem steigenden Trend – Gewalt gegen die Einsatzkräfte der Polizei – ist konsequent gegenzusteuern.

Daher macht es Sinn, auch die gewerkschaftspolitische Betrachtung an solchen Verfahrensweisen auszurichten.

Faktorisierung besonders belastender Polizeiarbeit

Der Antrag selbst ist vom Vorsitzenden des BFA-S formuliert und

vorgelegt worden. Als Grundlage dient das bereits im Februar 2004 erarbeitete Eckpunktepapier zur „Faktorisierung der Schichtarbeit“. Diese Ausarbeitung, in Verbindung mit einer Excel-Berechnungstabelle, soll die Grundlage für Berechnung besonders belastender Polizeiarbeit sein:

Der besonders belastenden Polizeiarbeit ist durch die Anwendung einer Faktorisierung Rechnung zu tragen.

Begründung:

Der Polizeiberuf ist in seiner Gesamtheit extrem belastend. Besonders belastenden Schicht- und Dienstformen muss daher durch eine Faktorisierung der Arbeitszeit Rechnung getragen werden.

Im Rahmen von Dienstrechtsreformen in den Ländern entstehen diesbezüglich immer mehr Regelungen, die vornehmlich den Schicht- und Wechseldienst ins Auge fassen, und diesen, im Bezug auf die Lebensarbeitszeit, gesondert betrachten.

In allen bisherigen Regelungen wird diese sogenannte „Sonderstellung“ des Schicht- und Wechseldienstes den über Jahrzehnte stattfindenden tatsächlichen Belastungen nicht vollumfänglich gerecht. Darüber hinaus wird eine Vielzahl von ebenfalls besonders belastenden Diensten in der Polizei überhaupt nicht berücksichtigt.

In der Diskussion und bei der Festlegung der besonderen Altersgrenzen in der Polizei müssen in Zukunft alle besonders belastenden Dienste Berücksichtigung finden.

Beispielhaft seien hier der Schicht- und Wechseldienst, Operative Einheiten der Bereitschaftspolizei und andere operative Dienste sowie MEK, SEK und Personenschützer genannt.

Aktuelle Information zum Arbeitsschutz

Die Berliner Charité führt aktuell eine Studie durch, hierbei werden Belastungen durch Tetrafunk an

30 jungen Männern zwischen 18 und 28 Jahre getestet. Die

Probanden müssen Rechtshänder, Nichtraucher und Antialkoholiker sein. Darüber hinaus dürfen die Studienteilnehmer nicht im Schicht- und Wechseldienst arbeiten.

Diese Studie dauert rund vier Jahre und läuft schon seit ca. ½ Jahr. Die GdP hat erst im Januar dieses Jahres davon Kenntnis erhalten und wird den Verlauf und das Ergebnis aufmerksam begleiten.

Berichte aus den Bundesländern

Baden Württemberg

Nach acht Jahren legte Josef Schneider, kurz vor seinem Ruhestand, den Landesvorsitz nieder. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Rüdiger Seidenspinner mit 93 Prozent der Stimmberechtigten gewählt.

Rüdiger Seidenspinner ist Mitglied des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium, Angehöriger des Bezirkspersonalrats der Polizei beim Regierungspräsidium Karlsruhe und des örtlichen Personalrats beim Polizeipräsidium Karlsruhe.

„GdP Phone“ weiter auf Erfolgskurs

Die Aktion“ hat eingeschlagen wie eine Bombe. Die Kolleginnen und Kollegen sind durchweg begeistert. Das natürlich diese Aktion von einzelnen Funktionsträgern anderer Polizeiberufsvertretungen im Land schlecht geredet wurde, liegt in der Natur der Sache. Aktuell wurden ca. 5000 Handys an die GdP Mitglieder in Baden-Württemberg verteilt. Die Verteilung geht weiter, insgesamt sollen 14.000 Mitglieder mit Handys versorgt werden.

Teleskopschlagstock eingeführt

Die Polizei in Baden-Württemberg wurde im Frühjahr mit ausziehbaren Stahlstöcken ausgestattet. Innenminister Heribert Rech (CDU) will damit der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten begegnen.

Ausbilder haben für das Einsatztraining der Polizei eine deutliche Verbesserung gegenüber dem bis-

her verwendeten kurzen Einsatzstock aus Hartgummi festgestellt. Für die Beschaffung der rund 20.000 Stöcke hatte das Land entsprechende Mittel zu Verfügung gestellt.

Blaue Dienstkleidung und Dienstfahrzeuge

Dienstfahrzeuge werden seit Frühjahr 2009 nur noch in „blau“ ausgeliefert. Blaue Dienstkleidung wurde Anfang 2010 ausgeliefert.

Zweigeteilte Laufbahn

In Baden-Württemberg mit der Landesregierung derzeit nicht realisierbar.

Arbeitszeit und Lebensarbeitszeit

Die CDU/FDP-Koalition sucht nach einer Lösung für einen möglichst frühen Einstieg in eine längere Lebensarbeitszeit für Beamte in Baden-Württemberg. Die Landesregierung will den Beamten mit Zuschlägen das Arbeiten über das 65. Lebensjahr hinaus schmackhaft machen. Im Gespräch sind nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur Gehaltszuschläge bis zu 15 Prozent. Ziel ist es, die Pensionslawine zu bremsen. Derzeit besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung, deren Notwendigkeit vom Innenministerium im Einzelfall geprüft wird.

Bayern

Konjunkturpaket

Bayernweit wurden für die Dienststellen 160 Dienstfahrzeuge beschafft. Die Ausstattung der Dienststellen mit Fahrzeugen ist derzeit gut.

Neues Dienstrecht

Zurzeit wird durch den Bayer. Landtag die Dienstrechtsreform beraten.

Schwerpunkt ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 60 auf grundsätzlich 62 Jahre.

Durch das Leistungslaufbahngesetz werden die Laufbahnen mittlerer, gehobener und höherer Dienst zu einer einheitlichen durchgängigen Laufbahn zusammengefasst.

Die jeweiligen Einstiegsämter bleiben erhalten.

Neue Uniform

Vor zwei Jahren wollte man nach fünf Jahren auf „blau“ wechseln. Derzeit ist dies kein Thema: Staatsregierung: „Wir haben andere Sorgen!“

Digitalfunk

Bayernweite Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Die Funkversorgung wird vorbereitet, wie z. B. Festlegung der Sendemasten, etc.

In München begann im Herbst 2009 der Probebetrieb.

Schlagschutzausstattung für geschlossene Einheiten des Einzeldienstes

Die geschlossenen Einheiten werden Zug um Zug mit einer einheitlichen Körperschutzausstattung versorgt. Die Kosten werden präsidialweit budgetiert und die Beschaffung soll bis 2012 abgeschlossen werden.

Die Ausstattung beinhaltet: Schlagschutzprotektoren für Arme und Beine, Unterleibsschutz und eine Schlag-Stichschutzweste sowie Schutzhandschuhe.

Die Kosten für eine Mannausstattung liegen bei etwa 1500 Euro.

Impfung gegen Zecken

Es wurde ein Stufenplan verabschiedet, wonach bis 2011 alle im Vollzugsdienst tätigen Beamten/innen auf Kosten des Dienstherrn „durchgeimpft“ werden.

Dienstpostenanhebung im gehobenen und höheren Dienst

256 Hebungen sind im Doppelhaushalt 2009/2010 vorgesehen.

Zweite Rate soll mit dreimonatiger Verzögerung zum 01.01.2011 erfolgen.

Besoldungserhöhung

Die Beamten/innen erhalten ab 01.03.2010 eine Erhöhung von 1,2% analog TDL.

Bundespolizei

Strukturreform der BP

Das BMI hat zum 01.03.2010 dem Innenausschuss die Evaluierung über die Reform vorgelegt.

Dieser Bericht ist „geschönt“, und geht an den Tatsachen vorbei. Der Bezirk Bundespolizei hat eine Stellungnahme dazu vorgelegt und führte mit Bundestagsabgeordneten des Innenausschusses persönliche Gespräche, im Ergebnis wollen alle Parteien eine öffentliche Anhörung im Bundestag.

Als diese Information durch uns veröffentlicht wurde, verwies die DPOLG in ihrem Forum auf die gute Stellungnahme der GdP.

Bundesaufgabe/Schnittstelle

Das BMI hat einen Expertentisch bestellt, der sich mit den Schnittstellen der polizeilichen Aufgaben der Bundesbehörden auseinander setzen soll.

Die Zukunft von BKA und Zoll (operativer Teil) und der Bundespolizei werden überdacht.

Die Gewerkschaft der Polizei wird daran im Moment nicht beteiligt sein, obwohl seit Jahren Konzepte der GdP zu diesem Thema vorliegen.

Bremen

Besoldung

Die Besoldungserhöhung ist immer noch unter Vorbehalt, das Gesetz wurde in der Bremischen Bürgerschaft noch nicht verabschiedet.

Das Urlaubsgeld bleibt weiterhin ersatzlos gestrichen, die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) wird für die Besoldungsgruppen A2 bis A11 anteilig ausbezahlt.

Bei den Beamten muss hierfür jedoch eine dreijährige Wartezeit erfüllt sein.

Arbeitszeit

Die 40-Stunden-Woche ist jetzt wieder in allen Bereichen gültig.

Die besondere Altersgrenze für die Polizei und Feuerwehr bleibt wie bisher bestehen,

d.h. weiterhin Ruhestand mit der Vollendung des 60. Lebensjahres. Es gibt jedoch seit 2008 die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis die Lebensarbeitszeit schrittweise bis zu maximal fünf Jahre zu verlängern. Von dieser Variante, teilweise in abgestufter Form (z.B. zwei Jahre), haben bisher etwa dreißig Beamte Gebrauch gemacht.

Personalentwicklung

Der für die seit 2005 eingeleitete Reform -anerkannte Personalkörper- liegt bei 2600 Vollzeitstellen, vielfach auch als Beschäftigungsvolumen (BV) bezeichnet. Aktuell liegt das BV bei 2450, mit fallender Tendenz verursacht durch viel zu geringe Einstellungen in den vergangenen Jahren.

Die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die jetzt erhöhten Einstellungszahlen können diese Problematik frühestens in drei Jahren lösen.

Im Oktober 2009 fanden, mit Bremerhaven und Seiteneinsteigern, 107 Neueinstellungen statt.

Das neue Beamtenrecht auf Bundesebene soll noch im Nov./Dez. 2009 vom Parlament übernommen werden, ebenso müssen die neuen Beurteilungsrichtlinien umgesetzt werden.

Das Personalvertretungsrecht wurde eingeschränkt, der Personalrat hat jetzt ein freigestelltes Mitglied weniger.

Zweigeteilte Laufbahn

Am 01. Oktober 2009 wurden alle Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes, die das 38. Lebensjahr vollendet hatten, in den gehobenen Dienst überführt. Durch das sogenannte Überleitungsbeschleunigungsgesetz sollten bis Ende 2009 auch die letzten Kolleginnen und Kollegen in den gehobenen Dienst übergeleitet sein.

Diese Zusage hatte der Senator Mäurer bereits letztes Jahr auf einer Personalversammlung gegeben. Leider zieht sich das Gesetzgebungsverfahren immer noch hin, aktuell fand nur die erste Lesung in der Bürgerschaft statt.

Altersteilzeit

Polizeibeamte können keine Altersteilzeit mehr beantragen.

Ausrüstung

Die neue Farbgebung spiegelt sich auch bei der Fahrzeugflotte wieder, so werden nur noch silber-blaue Fahrzeuge beschafft, aktuell VW Touran und Mercedes B-Klasse.

Die Fahrzeuge sind, Bremerhaven ausgenommen, mit GPS ausgestattet, der Funkbetrieb wird nach und nach auf „digital“ umgestellt und zurzeit abschnittsweise im Echtbetrieb als Probelauf aufgeschaltet. Der gesamte 2/4m Bereich läuft aber weiterhin analog, diese Rückfallebene wird bis auf weiteres auch erhalten werden müssen, da immer wieder neue Probleme auftauchen.

Bekleidungswirtschaft

Zum Oktober 2006 wurde die blaue Uniform eingeführt, für eine Übergangszeit bis 2011 kann die grüne Uniform weitergetragen werden, sie stirbt jedoch langsam aus.

Die Lederjacke ist für den Einsatzdienst nicht mehr vorgesehen, der Einstellungsjahrgang 2009 wurde nicht mehr mit dem Blouson ausgerüstet. Vorhandene Jacken werden selbstverständlich weiter getragen und sind nun sehr begehrt.

Die Bekleidungswirtschaft wird jetzt zentral über das LZN (Logistik Zentrum Niedersachsen) abgewickelt. Die fünf nördlichen Bundesländer können dort wie bei einem Versandhaus bestellen, d.h. man sucht die entsprechenden Artikel im Katalog oder Netz aus und bestellt diese dann online oder telefonisch.

Freie Heilfürsorge

Die Vorsorgekuren sowie die Freie Heilfürsorge bleiben bei Eigenbeteiligung und zusätzlich zu leistenden Rezeptgebühren bestehen.

Die Beamten sind in den Leistungen jetzt Kassenpatienten gleichgestellt. In Bremerhaven wurde die Chipkarte für den Krankenschein eingeführt.

Polizeireform

Die Ende September 2005 begonnene Reform ist im Bereich der Schutzpolizei abgeschlossen. Die bekannten Fehler aus der Anfangsphase werden abgearbeitet, wobei die erhebliche Unterdeckung im Personalkörper der Planungsfehler überhaupt ist.

So ist eine Reduzierung der Einsatzdienststandorte, die Einschränkung der Öffnungszeiten beim Bürgerservice usw. festgestellt und publiziert worden, mit einer Umsetzung wird aber erst im Frühjahr 2010 gerechnet.

Die ursprünglich mit diesen Maßnahmen erhoffte Freisetzung von zusätzlichem Personal hat sich nicht bestätigt. Vielmehr steigt der Altersdurchschnitt ständig an und die Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Kollegen ist sprunghaft gestiegen.

So treibt dann die Aufgabenreduzierung seltsame Stilblüten, beispielsweise werden Kooperationsverträge mit privaten Sicherheitsunternehmen im Alleingang geschlossen.

Erst auf Intervention der GdP und des Personalrates wurde dieser Vertrag ausgesetzt.

Das Projekt „Künstliche DNA“ der Fa. Selecta DNA ist seit November angelaufen. Für Firmen und private Haushalte gibt es jetzt die Möglichkeit, Gegenstände zu markieren und diese im Falle eines Diebstahls später zweifelsfrei zuzuordnen. Die ersten Starterkits wurden mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit ausgehändigt, über den Erfolg dieser neuen darf man gespannt sein.

Saarland

Personalentwicklung 2010

Die neue Saarländische Landesregierung hat zum Haushalt 2010 beschlossen, dass zukünftig jede dritte Stelle im Landeshaushalt wegfallen soll.

Ausgenommen davon sind lediglich der Bildungsbereich und die Polizei. Konkret sind für 2010 damit 115 Neueinstellungen geplant.

Dies bedeutet einen leichten Personalarückgang.

Beförderungen

Das Beförderungsbudget für 2010 beträgt 735.000 €. Die Höhe dieses Budgets war durch den sogenannten Generationenpakt möglich. Generationenpakt bedeutet: Nach Abschluss der Ausbildung erhalten PKs das Gehalt für ein Jahr aus der A 8. Das damit eingesparte Geld wird dem normalen Beförderungsbudget hinzugerechnet.

Arbeitszeit/Lebensarbeitszeit

Die besondere Altersgrenze für Polizei und Feuerwehr bleibt wie bisher bestehen, d.h. weiterhin Ruhestand bei Vollendung des 60. Lebensjahres. Es gibt seit 2 Jahren jedoch die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis die Lebensarbeitszeit schrittweise (jedes Jahr neuer Antrag) für maximal 3 Jahre zu verlängern.

Die Zahl der Kollegen, die freiwillig verlängern, steigt ständig (wenn auch nur leicht) an.

Blaue Uniform

Der neue Innenminister Stefan Toscani hat einen Prüfauftrag an die Bekleidungskammer bzgl. einer ev. Einführung der blauen Uniform herausgegeben.

Sachsen

Neue Staatsregierung

Der Freistaat Sachsen hat eine neue Staatsregierung, in der sich die Farben geändert haben. Das Schwarz ist geblieben, aber das Rot wurde durch Gelb ersetzt. In den Zeiten des Wahlkampfes verkündete die FDP, dass der Stopp des Stellenabbaus in der Polizei ein absolut wichtiges Ziel sei, um die Sicherheit im Freistaat gewährleisten zu können. Die Wahl war noch gar nicht richtig gelaufen, da verkaufte der Chef der FDP, Holger Zastrow, dass man jährlich 300 Beamte einstellen wolle mit dem Ziel, die Polizei zu verjüngen, ihre Belastbarkeit zu erhöhen und die Sicherheit zu gewährleisten. Scheinbar wurde Herr Zastrow schlecht beraten, denn diese 300 Einstellungen pro Jahr sind ein Ergebnis des GdP-Kampfes der

letzten Jahre in Sachsen. Verschwiegen wurde natürlich, dass der geplante Abbau der Vorgängerregierung damit nicht gestoppt wurde. Die sächsische Polizei wird weiter schrumpfen, die enorme Belastung wird weiter steigen und in deren Ergebnis werden unsere Beamten und das Tarifpersonal noch schneller verschlissen sein. Und damit nicht genug: Ministerpräsident Tillich, informierte über die Medien das sächsische Volk, dass im öffentlichen Dienst weiter gespart werde, um Steuergelder effektiver einsetzen zu können. Es sollen künftig noch 70 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst für das Wohl des Volkes sorgen. Damit verbunden ist eine Reduzierung von ca. 18 000 Stellen. Die Präsidenten haben wohl schon Zahlen des Abbaus erhalten, die eine steigende Tendenz aufweisen.

Die blaue Uniform

Der Kollege Münnich aus Sachsen bedankte sich zunächst bei allen Mitstreitern des Bundesfachausschusses für die Hilfe und Unterstützung bei seiner Anfrage in Bezug auf die blaue Uniform. Er konnte sich dadurch ein gutes Bild über die bisher eingeführten Uniformen machen und die Vor- und Nachteile schildern und auch darlegen, welche Probleme bei der Einführung in anderen Bundesländern aufgetreten sind. Mit diesem Rüstzeug ist man als Landesfachausschuss angetreten und hat sich mit der Thematik, aus sächsischer Sicht, beschäftigt. Es ist gelungen, das Augenmerk der politischen und polizeilichen Verantwortungsträger, auf die Funktionalität und nicht auf das Aussehen der Uniformen zu lenken. In der Zwischenzeit ist die Entscheidung gefallen und in diesen Tagen sollen die ersten Kollegen des Bereiches Dresden die neue Uniform erhalten. Im Vorfeld gab es eine Umfrage im Netz der Polizei, wo die Uniformen der Länder Hessen und Brandenburg zur Abstimmung standen. Inhalt der Umfrage waren natürlich auch Fotos, die die Uniformen darstellten. Schon zu Beginn der Diskussionen um die blaue Uniform hörte man aus dem Innenministerium, dass die Uniform Brandenburgs wohl am geeignetsten

erscheine. In der bildlichen Darstellung der Uniformen waren dann auch „kleine Hilfen“ für unsere Kollegen eingebaut. So war die hessische Uniform nur mit Sechseckmütze abgebildet, ein Kleidungsstück, das in Sachsen auf breite Ablehnung stößt. Dafür war das Basecup nur bei den brandenburgischen Uniformen zu sehen. Aber die Entscheidung ist gefallen, und so ist zu hoffen, dass die Umstellung bis 2011 abgeschlossen ist.

Personalentwicklung

Im Freistaat hat man erkannt, dass die Zahl der Polizisten an der Basis abnimmt und dass sich daraus auch Probleme ergeben. Nun will man das vorhandene Personal effektiver einsetzen. So stellte man fest, dass die Aufklärung in Leipzig gesunken und die Kriminalität im Steigen begriffen ist. Sofort werden die Zahlen der Versetzungen aus der BePo geändert. Die Stadt Leipzig soll ca. 100 Planstellen zusätzlich erhalten. Daraus resultiert nun allerdings der Umstand, dass andere Direktionen weniger bekommen, was zu einer weiteren Überalterung und Leistungsminderung führt. Und hierzu kommt dann noch der neu beschlossene Stellenabbau.

Zweigeteilte Laufbahn

Kein Thema in Sachsen!

Altersteilzeit

Ende 2009 endet die Chance auf Altersteilzeit.

(Freie) Heilfürsorge

Die (Freie) Heilfürsorge bleibt bestehen. Die Beamten sind in den Leistungen jetzt Kassenpatienten gleichgestellt. Es gibt zwar Spekulationen, aber diese entbehren scheinbar jeder Grundlage.

Fortsetzung folgt....





Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppe Westhessen



Tagesausflug 2010 für Seniorinnen und Senioren

Wann: Dienstag, 24. August 2010
Wohin: Lahn – Rhein - Mosel
Wer: Alle Seniorinnen und Senioren der BZG Westhessen

Programm:

Fahrt mit dem Bus nach Bad Ems, unterwegs Pause unter freiem Himmel, um unser Weck – Worscht – und Woi – Frühstück zu genießen.

Unser Schiff, die „Lahnstolz“ erwartet uns und bringt uns über 4 Schleusen der Lahn in den Rhein, um dann über das Deutsche Eck in Koblenz in die Mosel zu gelangen.

Der Abschluss unserer Tour findet dann in der „Maximilians Brauwiesen – Brauerei“ in Lahnstein statt.

Abfahrtstationen Bus: 08:00 Uhr Limburg, Polizeidirektion, Offheimer Weg
08:30 Uhr Idstein, Busbahnhof
09:00 Uhr Wiesbaden, Kahle Mühle/vor Gaststätte „Alte Schule“
09:15 Uhr Oestrich-Winkel, Kerbeplatz

(Bei mehr als 50 Teilnehmern organisieren wir einen 2. Bus, der dann ausschließlich Wiesbaden bedient)

Unkostenbeitrag: 10,00 EUR/ Pers. für Mitglieder und Partner
15,00 EUR für Gäste

Der Preis beinhaltet Bus – und Schifffahrt sowie WWW-Frühstück
(Bezahlung erfolgt auf dem Schiff)

Anmeldungen: Alle Anmeldungen bitte mit den u.g. Daten
per Post an: BZG Westhessen, Peter Wittig, Konrad-Adenauer-Ring 51,
65187 Wiesbaden
per Fax an: BZG Westhessen, 0611-345-1089
oder per mail an: pwittig@gdp-online.de
Rückfragen zum Ausflug an 0611-345-1081

Hiermit melde ich mich verbindlich zum Tagesausflug der Bezirksgruppe Westhessen
am 24. August 2010 an

Name: _____ Vorname: _____
Straße: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ e-mail: _____
Bezirksgruppe: _____ GdP-Mitglied: ja nein
Kreisgruppe: _____
Partner/Begleiter ist: _____

Ich/Wir möchte(n) mit dem Bus mitfahren und in zusteigen
 nicht mitfahren und steige(n) in Bad Ems zu (Schiff)

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme und einen schönen gemeinsamen Ausflug

Peter Wittig, BZG-Vorsitzender

Überraschungssieger beim 8. GdP-Doppelkopfturnier der KG Limburg-Weilburg

Die Kreisgruppe Limburg-Weilburg richtete am 15 April ihr achtens Doppelkopfturnier aus und konnte sich über fünf voll besetzte Tische freuen. In der „Freiherr-vom-Stein-Kaserne“ trafen sich 20 begeisterte Kartenspieler und freuten sich auf ein paar Stunden hochkonzentriertes „Zocken“ und alle hatten nur ein Ziel.....



Von links: Günther Heger, Uwe Hölzgen Thorsten Berleth und Andre Wirth. Ein entspannter Start in die erste Runde, die über zwei Stunden dauern sollte.



Von links: Rainer Becker, Jörg Geppert, Klaudia Groß und Regina Hölzgen eröffnen das Spiel an Tisch 1.



Von links: Dieter Eisenkopf, Joachim Schwarzenbeck, Conny Hölzgen und Peter Kraus. Ein eher resignierter Blick der Vorjahressiegerin ließ nichts Gutes erwarten.



An Tisch 5 konzentrierten sich in der ersten Runde von links: Klaus Schmidt, Jürgen Frink, Uwe Jung und Jörg Müller.

Fünf Tische, zwei Runden mit jeweils 24 Spielen und fünf bis sechs Stunden unbeschwertes Kartenspielen. Dazu ein paar Diskussionen über die Regelauslegungen - mit diesen Aussichten und der Auslosung für die erste Runde begann das achte Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Limburg – Weilburg.

Unser Vorsitzender Klaus Schmidt begrüßte die Teilnehmer,innen und Teilnehmer. Wie immer war das Turnier perfekt vorbereitet und hatte sich im gesamten Polizeipräsidium herumgesprochen, da auf vielen Stationen und Revieren unser ankündigendes Plakat zum Aushang kam.

Runde 1

Bunt zusammengewürfelt fanden sich die Teilnehmer der ersten Runde an ihren Tischen zusammen. Nervosität oder gar Aufregung waren nicht zu spüren. Immer wieder entspanntes Lachen und Freude über ein gutes oder außergewöhnliches Blatt wurden kommentiert.

An den Tischen 1 und 3 wurden am Ende der ersten Runde schnell zwei Kandidaten ausgewählt, die für einen möglichen Titelgewinn in Betracht kommen. Lothar Hölzgen führte nach der ersten Runde mit 55

Punkten und befand sich nach dem siebten Spiel in einem permanenten Aufwärtstrend. 18 Punkte für sein gewonnenes Pflichtsolo und bei einigen Spielen einen starken Partner an seiner Seite waren die Grundlage des vielversprechenden Punktstands in dieser ersten Runde.

Dieter Eisenkopf hatte an Tisch drei einen ähnlich guten Lauf und sammelte in dieser ersten Runde 41 Punkte auf seinem Konto. Der Aufwärtstrend begann für ihn allerdings erst nach dem 13ten Spiel. Am gleichen Tisch hätte sich unser „Zocker-Pfarrer“ sicherlich die Haare raufen können, denn nur wenig wollte gelingen. Seine Bilanz am Ende der ersten Runde war mit -37 Punkten eher ernüchternd. Mit diesem Ergebnis war er aber nicht das Schlusslicht in dieser Runde, sondern wurde von Michael Schönberger mit -71 Punkten noch „überboten“. Bei Michael war es schon beinahe peinlich, mit ansehen zu müssen, wie ungerecht der Zufall die Karten manchmal verteilt - ein wenig Glück gehört natürlich auch dazu, wenn man am Ende eines solchen Turniers auf dem Treppchen stehen kann.

In dieser ersten Runde versteckten sich die beiden späteren Zweit- und Drittplatzierten, nämlich Raschid Barroudi und Rainer Becker. Mit 15 und 35 Punkten schlossen sie diese erste Runde zwar mit Pluspunkten ab, aber so richtig hatte sie kaum jemand im Fokus.

An der Stelle zeigt es sich wieder einmal; „von hinten stechen die Bienen“!

Runde 2

An Tisch 5 entwickelte sich ab dem zehnten Spiel offensichtlich unaufhaltsam der Siegeszug von Dieter Eisenkopf. Mit einem Solo, welches ihm unter dem Strich 21 Punkte einbrachte, katapultierte er sich von -11 auf +10 Punkte und war in den darauffolgenden Spielen noch zehn mal erfolgreich auf dem Weg an die Spitze dieses Turniers. Diese zweite Runde beendete Dieter mit noch einmal 38 Punkten auf seinem Konto und erreichte in der Summe beider Runden und insgesamt 48 Spielen respektable 78 Punkte.

Tisch 5 war auch einer der ersten, die in der zweiten Runde ihre 24 Spiele absolviert hatten und Dieter Eisenkopf verabschiedete sich gleich danach, um seinen Nachtdienst in Weilburg anzutreten. Zu diesem Zeitpunkt kannte er weder seine eigene Platzierung, noch die seiner Konkurrenten.

Während Dieter schon auf dem Weg in den Nachtdienst war, kämpften Raschid Bouarroudj und Rainer Becker um die Plätze zwei und drei. Aber auch Jörg Müller und Lothar Hölzgen waren noch in Schlagdistanz zu diesen Beiden.

Unterm Strich machten Raschid und Rainer aber die Plätze unter sich aus. Während Raschid in den letzten fünf Spielen noch

einmal 8 Punkte ergattern konnte, musste Rainer 7 Punkte durch verlorene Spiele abschreiben und so gestaltete sich das Endergebnis mit den Platzierungen.

Eine besondere Überraschung hatte Klaus Schmidt noch für die Teilnehmerinnen vorbereitet. Klaus Schmidt übereichte einen wunderschönen Strauß von Frühlingsblumen an Regina Hölzgen, die mit 10 Pluspunkten als beste Frau Platz 10 bei diesem Turnier erreichen konnte.

Von hier aus senden wir als Turnierleitung und im Namen aller Teilnehmer einen besonderen Gruß an Kerstin Klein, die nach einer schweren Erkrankung mit einigem Wehmut in diesem Jahr an unserem Turnier nicht teilnehmen konnte. Gute Besserung – und auf ein Neues im kommenden Jahr.

- | | |
|----------------------|-----------|
| 1 Dieter Eisenkopf | 79 Punkte |
| 2 Raschid Bouarroudj | 67 Punkte |
| 3 Rainer Becker | 60 Punkte |

Lothar Hölzgen



Die strahlenden Sieger unseres diesjährigen Turniers. Auf dem linken Bild von links: Raschid Bouarroudj, Regina Hölzgen, Rainer Becker und Klaus Schmidt. Auf dem rechten Bild überreichte Lothar Hölzgen (rechts) dem Turniersieger Dieter Eisenkopf noch am gleichen Abend die Urkunde des Siegers und das Preisgeld in Höhe von 50,- €.



Ein entspanntes Lächeln auf den Lippen des Turniersiegers (zweiter von links), während die anderen Mitspieler ihren Kartenrest scheinbar kritisch analysieren.



Nach dem Spiel erfolgen Auswertung und Verteilung der Punkte. In der Regel zwei zufriedene und zwei eher unzufriedene Gesichter. Von links: Thorsten Berleth, Andre Wirth, Günther Heger und Uwe Hölzgen als „Schriftführer“.



An Tisch 5 belauerten sich in der ersten Runde von links: Uwe Jung, Jörg Müller, Klaus Schmidt und Jürgen Frink. In dieser Runde hielt sich Klaus Schmidt als Organisator deutlich zurück und schloss im Ergebnis mit "0" Punkten ab; dieses Ergebnis könnte man durchaus als sehr ausgewogen bezeichnen.



Bei der Siegerehrung kam ein wenig Spannung auf, da Klaus Schmidt die Summen beider Spielrunden lange „unter Verschluss“ hielt. Zweit- und Drittplatzierter – Raschid Bouarroudj rechts und Rainer Becker links nahmen Urkunde und Preisgeld von Klaus Schmidt entgegen.

100 Jahre Gewerkschaftstreue

Norbert Naber und Diethelm Stöber wurde der Dank ihrer Gewerkschaft von Conny und Lothar Hölzgen persönlich überbracht.

Herzlichen Glückwunsch und Danke sagt die GdP Kreisgruppe Limburg-Weilburg



Lothar und Conny Hölzgen (von links) gratulieren Norbert Naber zu seinem 50-jährigen Gewerkschaftsjubiläum. In seiner „guten Stube“ in Mengerskirchen wurde der Jubilar an einem Sonntagvormittag aufgesucht und die Ehrung bei Kaffee, Tee und Schnittchen, die seine Frau Hildegard vorbereitet hatte, in einer sehr familiären Atmosphäre vorgenommen. Neben dem formalen Akt der Urkundenübergabe blieb ausreichend Zeit für private Gespräche, in denen die gemeinsamen dienstlichen Erlebnisse nicht zu kurz kamen. Natürlich interessierten unseren Pensionär auch die aktuellen dienstlichen Ereignisse, die unsere Kolleginnen und Kollegen in der heutigen Zeit beschäftigen.



Unser Jubilar Diethelm Stöber (rechts) empfing den stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden Lothar Hölzgen und lud ihn in seinen gepflegten, frühlinghaften Garten zu Erfrischungsgetränken ein. Kollege Stöber selbst war von dem angekündigten

Warum nicht einmal ganz privat, an einem wunderschönen Sonntag Vormittag zwei verdiente Gewerkschafter besuchen und ihnen ganz persönlich den Dank ihrer Gewerkschaft überbringen. Eine besondere Note erhält diese Form der Ehrung dann auch noch, wenn die Ehefrauen der Jubilare sich als hervorragende Gastgeberinnen präsentieren und dafür Sorge tragen, dass man sich in diesem Kreise einfach nur wohl fühlt.

Beide Jubilare haben durch ihre Treue zur Gewerkschaft der Polizei erheblichen Anteil unserer erfolgreichen Arbeit. Sie hierfür nach gemeinsamen 100 Jahren Mitgliedschaft und Treue zu ehren, ist eine Selbstverständlichkeit.

Norbert Naber und Diethelm Stöber haben nach wie vor ein hohes Interesse an den Entwicklungen innerhalb der Polizei und studieren die Publikationen der GdP sehr aufmerksam. Gelegenheiten wie diese, sich tagessaktuell informieren zu lassen, haben beide Jubilare natürlich auch gerne genutzt und Informationen aus erster Hand bekommen.

Die Kreisgruppe Limburg-Weilburg nutzt traditionell diese besonderen Anlässe, um in dienstlichem - oder privatem Rahmen die Aushändigung von Urkunden vorzunehmen und mit einem Geschenk zu begleiten.

Mit Stolz schaut die GdP auf ihre treuesten Begleiter und ist sich der besonderen Leistung dieser Jubilare stets bewusst. Dies entsprechend zu würdigen ist keine Pflicht, sondern eine gebührende Anerkennung, immer verbunden mit aufrichtigem Dank.

Lothar Hölzgen



Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppen Westhessen/PZBH



Tagesseminar für Seniorinnen und Senioren

Wann: Donnerstag, 23. September 2010, 10:30 bis 17:00 Uhr
Wo: Hessisches Landeskriminalamt, Hölderlinstr. 5, 65187 Wiesbaden
(Raum B 8) – Einlass nicht vor 10:15 Uhr!
Wer: Alle Seniorinnen und Senioren der BZG`en Westhessen und der PZBH
(ohne Begleitung)



Vortrag - Fragen - Antworten

Fachvortrag Herr Kaiser, Dipl.-Rechtspfleger mit weiterer Referentin
RP Kassel, Dezernat Beihilfen in Hünfeld

Anmeldungen: Alle Anmeldungen bitte mit den u.g. Daten
per Post an: BZG Westhessen, Peter Wittig, Konrad-Adenauer-Ring 51,
65187 Wiesbaden
per Fax an: BZG Westhessen, 0611-345-1089
oder per mail an: pwittig@gdp-online.de
Rückfragen zum Seminar an 0611-345-1081

Hiermit melde ich mich verbindlich zum Tagesseminar „Pflege“ der Bezirksgruppe
Westhessen am 23. September 2010 an

Name: _____ Vorname: _____
Straße: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ e-mail: _____
Bezirksgruppe: _____ GdP-Mitglied: ja nein
Kreisgruppe: _____

Peter Wittig
BZG-Vorsitzender